

Standortuntersuchung auf Einrichtung eines Schul-Bus-Bahnhofs im Bereich Clevedon-Brücke/Gatschinaplatz

- Antrag der FDP-Gruppe und SPD-Fraktion vom 05.05.2009

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der gemeinsame Antrag der Gruppe der FDP und der SPD-Fraktion vom 05.05.2009 ist der Vorlage beigelegt.

Erste Gespräche mit der AVG zeigen, dass die Errichtung eines Schulbusbahnhofs Sicherheitsbedenken beim Queren der Rastatter Straße und die Standortfrage für eine Haltestelle an der Rastatter Straße für Busse in Fahrtrichtung Erbprinz aufwirft. Die Verwaltung schlägt vor, nach Gesprächen mit der AVG, der Verkehrspolizei und den Schulvertretungen der betroffenen Schulen eine Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Technik durchzuführen. Auch die Möglichkeit eines innerstädtischen Ringverkehrs wird in den Gesprächen diskutiert.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist der Antrag als Anlage beigelegt.

- - -

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert die Vorlage und dass eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zur Vorberatung vorgelegt werde. Sie stellt klar, dass es unwahrscheinlich sei, dass die AVG zustimme für 1.600 Kinder einen Busbahnhof einzurichten.

Stadtrat Künzel berichtet, dass die Einrichtung eines Schulbusbahnhofs ein Ergebnis aus dem Leitbildprozess sei und die Verwaltung sich der Sache annehmen solle. Er erläutert den Antrag für die Antragssteller und stimmt dem Verweis in den Ausschuss für Umwelt und Technik zu.

Stadtrat Dr. Ditzinger ist mit dem Verweis ebenso einverstanden, da es sich um einen Vorschlag aus der Leitbildgruppe handle und Ernst genommen werden müsse. Er vertritt die Auffassung, dass die schulnahen Haltestellen in relativ ruhig gelegenen Straßen seien und es fraglich wäre, ob es sinnvoll sei, diese nun in viel befahrene Straßen zu legen, die weiter von der Schule entfernt seien. Er betont, dass die Sache schnell vom Tisch sei, wenn es diesbezüglich Sicherheitsbedenken gäbe.

Stadtrat Dr. Keßler lässt wissen, dass er die Sache ähnlich sehe wie die CDU und er dem Verweis in die Vorberatung zustimme.

Stadträtin Seifried-Biedermann erläutert, dass sie die Sicherheitsbedenken nicht teilen könne und die Kinder nicht in Watte gepackt werden sollten. Sie fügt hinzu, dass es sich nicht um Grundschüler handle und Bewegung ebenso gut tue. Sie weist darauf hin, dass es sich um zwei Vorschläge handle, nämlich um die Verlegung der Schulbusstandorte und der möglichen Einrichtung eines Ringverkehrs. Sie ergänzt, dass die AVG dies für realisierbar halte.

Oberbürgermeisterin Büssemaker betont, dass es nicht in der Vorlage stehe, dass die AVG diese Vorhaben für realisierbar halte.

Stadträtin Saebel erläutert, dass die FDP einen Vorschlag einer Leitbildgruppe aufgenommen habe und sie davon ausgegangen sei, dass sich die Verwaltung über die Vorschläge der Leitbildgruppen nach dem gemeinsamen Treffen mit den Vertretern aus dem Gemeinderat Gedanken mache und ggf. dem Gemeinderat einen Vorschlag vorlege. Sie betont, dass in diesem Treffen mehrere Vorschläge unterbreitet worden seien. Sie vertritt die Auffassung, dass es sich hierbei um die grundsätzliche Frage handle, wie der Gemeinderat mit Vorschlägen aus Leitbildgruppen umgehe.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

Oberbürgermeisterin Büssemaker erläutert, dass sie Quorumsanträge nach der Gemeindeordnung in einer bestimmten Frist auf die Tagesordnung des Gemeinderats setzen müsse und selbstverständlich Vorschläge aus der Verwaltung zu den Anregungen der Leitbildgruppen kommen werden. Sie weist darauf hin, dass es die Verkehrsrunde gegeben habe und kurz danach der Antrag im Rathaus eingegangen sei, aber die Verwaltung auch den bisherigen Haushalt umsetzen müsse.

Stadträtin Saebel erkundigt sich, ob nun nur eine Antwort auf diesen Antrag komme.

Oberbürgermeisterin Büssemaker betont, dass die Verwaltung alle Anregungen von Bürgern aufnehme, jedoch erst der Haushalt abgearbeitet werden müsse. Sie fügt hinzu, dass dies ein Quorumsantrag gewesen sei, den sie nach den gesetzlichen Vorschriften auf die Tagesordnung setzen musste.

- - -